Stand: 17.12.2025 02:19:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7402

"Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7402 vom 21.04.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8289 des WI vom 07.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/9224 vom 09.07.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.04.2020 **Drucksache** 18/**7402**

Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach der Corona-Krise einen jährlich tagenden „Bayerischen Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft“ zu organisieren, welcher zusammen mit maßgeblichen Akteuren aus sämtlichen ökonomischen Bereichen stattfinden soll. Ferner sollen Krisenvorsorgepläne im Hinblick auf wirtschaftliche Krisen erstellt und optimiert werden, dies ausdrücklich auch unter der Zuhilfenahme der Erkenntnisse aus der Corona-Krise.

Begründung:

Bayern exportierte 2019 Waren und Dienstleistungen im Wert von 189,9 Mrd. Euro. Die Exportquote lag bei einem BIP (Bruttoinlandsprodukt) in Bayern 2019 von 632,9 Mrd. Euro bei etwa 30 Prozent.

Da nicht nur die Wirtschaft Deutschlands, sondern auch Bayerns Wirtschaft enorm auf den globalen Export und globale Zuliefererketten angewiesen ist, müssen die Risiken einer vom globalen Export abhängigen Nation evaluiert und minimiert werden. Ganz aktuell führte die Corona-Krise im praktischen Beispiel vor, wie die Risiken und die daraus resultierende Anfälligkeit eines globalen Wirtschaftssystems die bayerische Wirtschaft, ihre Unternehmer und Arbeitnehmer hart treffen kann.

Aus diesem Grund benötigt es einen von der Staatsregierung organisierten jährlichen Gipfel zur Krisenvorsorge, der maßgebliche Akteure zusammenbringt und den Plan zur wirtschaftlichen Krisenvorsorge für Bayern regelmäßig verbessert. Neben praktischen Hilfen für Unternehmen und Betreibern kritischer Infrastruktur soll ein Bewusstsein für Krisenvorsorge in den Unternehmen geschaffen werden, da der Staat nicht alles zentral steuern kann und darf. Auch etwaige steuerliche Bevorteilungen für Unternehmen, die gewisse Vorsorgemaßnahmen durchführen, sollten hierbei erörtert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.05.2020 **Drucksache** 18/**8289**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**7402**

Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Bergmüller**
Mitberichterstatter: **Walter Nussel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 7. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.07.2020 **Drucksache** 18/**9224**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**7402**, 18/**8289**

Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Walter Nussel
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Manfred Eibl
Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Florian von Brunn
Abg. Albert Duin

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 31** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft (Drs. 18/7402)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Unser Antrag "Bayerischer Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft" wird wahrscheinlich wie die meisten unserer Anträge nicht angenommen werden; aber ich würde mich freuen, wenn er Wirkung zeigte. Ich werde begründen, warum dies aus unserer Sicht zwingend notwendig ist.

Die Regierung führt sicherlich Gespräche mit allen möglichen Wirtschaftsvertretern, aber ich meine, dass doch gewisse Bereiche etwas zu kurz kommen, gerade hinsichtlich dieser wirtschaftlichen Krise und auch der Erkenntnisse aus dem Lockdown, die hierbei entscheidend sind.

Wie ist die Lage? – Wir haben den schwersten Wirtschaftseinbruch in der Bundesrepublik zu verzeichnen: minus 6,8 %. Der Konsum, die private Kaufkraft, ist um 13 % zurückgeworfen worden. Dazu sagt das IfW, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, anschieben müsse man den Konsum nicht; es reiche, dass sich die Bremsen der Corona-Einschränkungen lösten.

21 % der deutschen Unternehmen sagen, die Beeinträchtigungen durch Corona seien existenzbedrohend. Im Export gibt es einen gewaltigen Rückgang von 12,5 %, wieder prognostiziert vom IfW in Kiel. Was den Arbeitsmarkt angeht – das wissen Sie alle –,

steigt die Arbeitslosenquote prognostiziert von 5 % auf 6,1 %. Die Corona-Pandemie reißt größere Löcher in die öffentlichen Haushalte als jemals zuvor eine Krise in der Nachkriegszeit: 192 Milliarden Euro.

Wenn man dies alles betrachtet, dann verfehlt das Konjunkturpaket aus unserer Sicht den beabsichtigten Stabilisierungserfolg,

(Zuruf)

weil es die heimische Massenkaufkraft stärken will, das Problem aber auf der Unternehmerseite in der niedrigen Exportnachfrage und den Corona-Einschränkungen liegt. Durch die Corona-Rettungsmaßnahmen der EU und der EZB wird sich die Zentralbankgeldmenge im Euroraum vervierfachen.

Die Corona-Krise ist eine Krise im Gesundheitssystem, sprich: in der Vorsorge. Sie ist eine Krise der Wirtschaft national, sie ist eine Krise der Wirtschaft und der Finanzindustrie bzw. der Finanzgeflechte international. Dies hat gestern auch Herr Walter Kohl in einer Buchvorstellung im TV treffend formuliert.

Fassen wir zusammen: Eine überhöhte Verschuldung in Deutschland und im Euroraum wird kommen, die lockere EZB-Politik vermindert Anreize und führt mittelfristig wieder zu Inflation und bei einer Stagnation des Wachstums zu einer Stagflation. Mittelfristig werden die niedrigen Rohmaterialpreise und die höheren Schulden zu wirtschaftlichen Problemen in den Entwicklungs- und Schwellenländern führen, was wiederum auf den Export einwirkt.

Aber das größte Problem, das es mit den Wirtschaftsverbänden zu diskutieren gilt, ist die Unsicherheit. Ich habe gelesen, dass mein Kollege auf der Wiesn, Georg Heide, den ich sehr gut kenne, sein Wiesn-Zelt zurückgibt, weil er Angst hat, dass es wieder einen Lockdown mit allen Konsequenzen gibt. Gestern habe ich gelesen, dass die Münchner Sozialreferentin, die sicherlich nicht im konservativen Milieu zu Hause ist, zu Recht Angst hat, dass 400.000 Mieter unschuldig in die Mietschuldenfalle geraten.

Daher ist es dringend notwendig, dass mit dem Haus- und Grundbesitzerverein genauso wie mit dem Mieterverein Gespräche geführt werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

Franz Bergmüller (AfD): Wir freuen uns, wenn dazu Anstöße aus der Staatsregierung kommen. Wir wollen das mit unserem Antrag thematisieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel für die CSU-Fraktion. – Herr Nussel, Sie haben das Wort.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat versucht, eine Lage zu beschreiben, dabei ist er aber auf seinen Antrag überhaupt nicht eingegangen. Ich werde aber auf diesen eingehen. Ich werde auch begründen, warum wir diesen Antrag ablehnen.

Ich habe bereits in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses sehr deutlich gesagt, einen Krisenstab einzurichten, ist der falsche Weg. Die Corona-Pandemie ist eine Krise, wie wir sie seit Ende des Weltkrieges noch nicht erlebt haben. Wir können aber nicht voraussehen, was die nächste Krise sein wird. Wir wissen auch nicht, ob wir noch einmal einen Lockdown machen müssen, wenn und falls die zweite Welle kommt. Die nächste Krise kann Hochwasser, eine Schneekatastrophe oder was auch immer sein. Das sind alles spezifische Krisen. Dafür ist der Freistaat Bayern bestens gerüstet. Die Staatsregierung und auch wir Abgeordnete haben immer bewiesen, dass wir wissen, wo man hinlangen muss. Natürlich knirscht es da und dort. Katastrophen und Krisen kann man nicht vorhersagen. Auf die muss man reagieren. Die vorhandenen Hilfskräfte werden dann bestmöglich eingesetzt. Jetzt haben wir es mit einer Wirt-

schaftskrise zu tun. Wir pflegen mit den Verbänden tagtäglich einen engen Schulterschluss.

Das Vorgehen kann sich schnell wieder ändern. Es wird sich nach der Sommerpause zeigen, wie wir dann agieren müssen. Dafür gibt es keine Blaupause. Wir müssen abwarten, wie die Situation dann aussieht. Wir entscheiden dann, wie wir damit umgehen werden.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Staatsregierung mit allen Ministerien eine sehr gute Arbeit leistet. Natürlich muss über mögliche Öffnungen, Lockerungen und Hilfen gerungen werden. Natürlich muss man sich überlegen, wie man weiter vorgeht, wenn bestimmte Bereiche nicht oder nur eingeschränkt geöffnet werden können.

Ich habe diese Woche mit dem Staatssekretär, Vertretern des Wirtschaftsministeriums und des Gesundheitsministeriums im Tierpark Hellabrunn einen Praxischeck gemacht. Dort wurde uns erklärt, wie schwierig die Situation ist und dass nur eine beschränkte Anzahl an Besuchern gleichzeitig eingelassen werden kann. Wir versuchen, trotz der Beschränkungen und der Hygienekonzepte zeitnah eine Erhöhung der Besucherzahlen zu ermöglichen. Ich denke, dass wir Lösungen finden werden. Wir müssen das branchenbezogen so machen. Es hilft nichts, einen Bogen zu spannen, ein bürokratisches Konstrukt aufzubauen und dann zu glauben, dass wir damit jeder Krise widerstehen können. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Nussel, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Bergmüller von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Bergmüller, bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Nussel, Sie sprachen gerade davon, dass Sie täglich mit den Wirtschaftsverbänden reden. Ich frage Sie ganz konkret:

Haben Sie vor der Absage der Wiesn – Oktoberfest – mit dem Verband der Wiesnwirte gesprochen? Ja oder nein?

Walter Nussel (CSU): Ich habe mit ihnen telefonisch gesprochen. Ein persönlicher Termin war schon vereinbart, aber wegen der Corona-Krise konnten wir den Termin nicht wahrnehmen. Das kann ich auch belegen. Der Termin war klar festgelegt, aber dann ist er hinfällig geworden, weil im März der Katastrophenfall ausgerufen wurde. Nichtsdestoweniger bin ich jetzt dabei, mit den Wiesnwirten, den Innenstadtwirten in München, dem DEHOGA und anderen zu sprechen – aber nicht nur ich leiste diese Arbeit, sondern die gesamte Staatsregierung leistet sie. Dabei werden wir auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Barbara Fuchs für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unserer Meinung nach brauchen wir im Freistaat kein weiteres Gremium, das viele Ressourcen bindet und die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unnötig viel Geld kostet. Ich frage Sie von der AfD: Wer würde an einem Wirtschaftskrisengipfel teilnehmen, zu dem die AfD aufruft? – Sie sind als Partei selbst eine einzige Krise.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Sie haben den Bayerischen Landtag mit dieser dämlichen Gasmaskennummer lächerlich gemacht. Auch weisen Sie inhaltlich kaum Kompetenzen auf. Das ist sehr deutlich an den unterirdischen Anträgen und den Redebeiträgen – auch den heutigen – erkennbar.

Im Grunde liegt klar auf der Hand, was wir zu tun haben, wenn es um unsere Wirtschaft geht. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass internationale Lieferketten aus

Kostengründen teilweise zu konzentriert und zu abhängig von einzelnen Regionen der Welt sind. Wir brauchen eine Risikoanalyse der Konzentrationen in der wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands. Wir wollen Medikamente und medizinische Schutzkleidung im eigenen Land produzieren.

Eine höhere Diversifizierung würde die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaft gegenüber externen Schocks eindeutig stärken. Gleichzeitig müssen wir wachsam sein und wichtige und systemrelevante Bereiche der Wirtschaft, die durch die Krise in Schwierigkeiten geraten sind, unterstützen, damit es nicht zu weiteren Übernahmen, zum Beispiel aus China, kommt. Als ein weiterer wichtiger Baustein einer resilienten und nachhaltigen Wirtschaft ist die regionale Vermarktung hervorzuheben, die nicht nur auf Export, sondern auch auf Binnenkonsum setzt. All dies wissen wir auch ohne Gipfel, jeder von uns, der sich damit beschäftigt. Wir wissen, dass wir die regionalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten stärken müssen. Das wollen wir auch tun.

Wir brauchen für die bayerischen Unternehmen – das fordern wir GRÜNE – verlässliche politische Rahmenbedingungen, klare Ansagen und Zielvorgaben, die für alle gelten, faire Wettbewerbsbedingungen, sodass die Unternehmen zukünftige Entwicklungen, Neuausrichtungen und Strukturwandel planen können. Die Investitionshilfen müssen an den ökologischen Zielen ihres Einsatzes gemessen werden. Es soll keine umweltschädlichen Subventionen mehr geben. Nachhaltig zu wirtschaften muss sich rechnen. Wir fordern einen Kreislauf statt der Wegwerfmethode. Das exportorientierte Bayern ist auf einen starken europäischen Wirtschaftsraum angewiesen. Daher muss der ökologische Umbau der Wirtschaft immer auch über die Landesgrenzen hinaus mitgedacht werden.

Genau das lehnen Sie ab. Schon allein deswegen ergibt ihr Antrag überhaupt keinen Sinn. Ich will gar nicht weiter darauf eingehen. Wir müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen und Kurzarbeit für Weiterbildung nutzen. Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung, um das Qualifizierungschancengesetz besser umsetzen zu

können. Nur so können wir uns auf zukünftige Krisen, von denen wir gar nicht wissen, wie sie aussehen könnten, vorbereiten.

Aber eine dieser zukünftigen Krisen kennen wir bereits, und das ist die Klimakrise. Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion, diese kann durch keinen Impfstoff und schon überhaupt nicht durch Ignoranz oder Dummheit bekämpft werden. Unsere politische Aufgabe ist die Schaffung gerechter und ökologischer Rahmenbedingungen mit verbindlichen Klimazielen, damit wir als demokratische Gesellschaft unser Leben und Krisen wie den Klimawandel erfolgreich bewältigen. Natürlich lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Eibl, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie wird tiefe Spuren in der bayerischen, der europäischen und der Weltwirtschaft hinterlassen.

(Zuruf)

– Bitte? – Okay. Die Unsicherheit über die Dauer der Pandemie belastet die Investitions- und Güternachfrage auf unbestimmte Zeit. Jedoch haben die Bundespolitik und die bayerische Politik auf allen Ebenen – ich sage deutlich, interministeriell – schnell reagiert und öffentliche Mittel bereitgestellt. Zudem wurden öffentliche Förderprogramme auf den Weg gebracht bzw. befinden sich in Vorbereitung, um vor allem eines zu erreichen: Zuversicht bei den Konsumenten und Investoren.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung wird jedoch auf Bundesebene im Jahresdurchschnitt deutlich sinken. Wir haben es bereits gehört. Festzuhalten ist aber, dass die Staatsregierung zusammen mit dem Parlament mit Maßnahmen schnell und vor allem pragmatisch gehandelt hat, um von Bayern noch größeren Schaden abzuwenden. So-

forthilfen und Kreditvergaben wurden gewährt; diese wurden mit deutlichen Erleichterungen ermöglicht. Anpassungen werden stetig und zeitnah angegangen und umgesetzt. Darüber hinaus müssen wir aus der Pandemiekrise natürlich Lehren für grundlegende Rahmenbedingungen ziehen, die zu schaffen sind. Ich sage auch hier deutlich: Ähnlich haben wir FREIE WÄHLER es mit dem Strategiepapier "Lessons learned – Lehren aus Corona" auch getan.

Bisher sieht es danach aus, dass Bayern bei der Bewältigung der Krise im internationalen Vergleich eher gut aufgestellt ist. Dies ist auch auf eine relativ gute Ausstattung des Gesundheitssystems zurückzuführen. Zum heutigen Zeitpunkt können wir feststellen, dass Bayern besser dasteht und mit der Corona-Pandemie besser zurechtkommt als viele andere Staaten. Die Auswirkungen der Pandemie haben auf Wirtschaft und Gesellschaft einen erheblichen Einfluss. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, auf einer gesicherten Wissensbasis Handlungsoptionen für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu entwickeln und stetig auf dem neuesten Stand zu halten mit dem Ziel, durch diese Maßnahmen verursachte Nebeneffekte so gering wie möglich zu halten. Das machen wir.

Über den speziellen Fall COVID-19 und über die Pandemie hinaus müssen die Risikovorsorgen erhöht und die Systemresilienz gestärkt werden. Wir reden hier nicht nur von der Wirtschaft, sondern von vielen Bereichen, etwa dem Gesundheitssystem, der Digitalisierung, der Forschung, der Mobilität und der Gesellschaft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Sie sehen, dass es mit einem jährlich tagenden Bayerischen Krisenvorsorge-Gipfel Wirtschaft allein nicht getan ist. Die Komplexität der notwendigen Maßnahmen fordert uns auf, die Herausforderungen stets aktuell angepasst in die richtige Richtung anzugehen.

Ich möchte es auch heute nicht versäumen, all denen zu danken, die in den vergangenen Monaten dazu beigetragen haben, dass wir heute dort stehen, wo wir stehen. Wir

sind noch nicht über den Berg, ich meine aber, wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Pandemie, die weltweite Krise, die wir jetzt haben, hat schwere wirtschaftliche und soziale Folgen. Ganz ehrlich, wenn ich das, was die Bundesregierung und wir wirtschaftspolitisch machen, beurteile, muss ich sagen: Es ist eine robuste, sinnvolle und sozialverantwortliche Krisenpolitik. Wir sichern mit dem Kurzarbeitergeld Arbeitsplätze. Wir unterstützen mit der Soforthilfe und dem Überbrückungsgeld Unternehmen. Wir verhindern durch staatliche Konjunkturprogramme die wirtschaftliche Kernschmelze.

Natürlich kann man darüber diskutieren, ob es sinnvoll wäre, diese Maßnahmen mit einer ökologisch-sozialen Modernisierung zu verbinden. Aber was hat die AfD dagegen aufzubieten, wenn sie heute einen Krisengipfel vorschlägt? Mehr fällt Ihnen offensichtlich nicht ein. Schaut man, was Sie tatsächlich machen, stellt man fest: Erst haben Sie im Bundestag all dem zugestimmt und harte Lockdown-Maßnahmen gefordert. Jetzt hängen Sie auf Hygiene-Demos ab und wollen alle Schutzmaßnahmen aufgeben, ähnlich wie Ihre Vorbilder Bolsonaro und Trump. Wir wissen, wohin das führt.

(Beifall bei der SPD)

Nein, Rechtsradikale leben von Krisen. Gerade Sie, die AfD, kreisen und schwirren am liebsten um solche rechtspopulistischen Themen. Davon leben Sie – heute machen Sie nichts anderes. Aber das hat mit verantwortungsvoller Politik überhaupt nichts zu tun. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, ich bewundere Sie immer wieder, Sie sprechen als Einzige meinen Namen richtig aus. Vielen Dank.

Präsidentin Ilse Aigner: Sie dürfen die Maske abnehmen.

Albert Duin (FDP): Das vergisst man beinahe schon. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Krisenvorsorge-Gipfel, der der Industrie und der Wirtschaft womöglich auch noch vorschreiben will, was sie in Zukunft zu tun haben, brauchen wir bestimmt nicht. Die Wirtschaft braucht keine Vorschriften, sondern Befreiungen. Die Wirtschaft braucht klare Regeln, muss aber ansonsten von allen Vorgaben möglichst befreit werden.

(Zuruf von der AfD)

– Das ist das Problem. Ihr fordert einen Gipfel, in dem ihr immer mehr einengen wollt. Aber das brauchen wir nicht. Kein anderes Land ist bisher durch diese Situation so gut durchgekommen wie Bayern, und zwar nicht nur deutschland- und europaweit, sondern weltweit. Herr Kollege Eibl hat es schon erwähnt: Kein Land hat es so gut geschafft wie wir. Das liegt an unseren Strukturen, die super funktionieren. Das liegt vor allem an dem bayerischen Unternehmertum.

(Zuruf von der AfD)

– Halt doch mal die Klappe! Ja?

Es liegt am bayerischen Unternehmertum, das unterstützt von der Politik umsichtig gehandelt hat und vor allem die Verantwortung für seine Mitarbeiter übernimmt.

Wir benötigen wirklich keinen Krisenvorsorge-Gipfel. Diesen benötigt wahrscheinlich die AfD. Nach dem, was ich so lese, könnte es für euch gut sein, dass ihr euch mal zusammensetzt und einen Gipfel macht, damit ihr aus der Krise wieder herauskommt. Da hat die Kollegin vollkommen recht. Krisenbewusstsein müssen wir beileibe keinem

Unternehmer staatlich verordnen. Das lernt ein Unternehmer immer von der Pike auf. Der kann das, sonst würde er es nicht tun. Er übernimmt die Verantwortung und weiß auch um das Risiko, das er dabei eingeht. Er weiß, dass er dann, wenn er pleitegeht, was passieren könnte, morgen etwas Neues machen kann. Das ist Unternehmertum. So sind wir Unternehmer, und so werden wir auch in Zukunft handeln.

Unsere Unternehmen sind natürlich auf den Export und auf die Zusammenarbeit angewiesen. Aber jetzt auf Regionalisierung, Nationalismus und Antiglobalisierung zu setzen, das kann für uns nicht die Lösung sein. Der Export ist die Quelle unseres Wohlstands. Das birgt ganz klar gewisse Risiken. Aber ohne diese schaffen wir es nicht.

Frau Fuchs, es ist wohl ein Witz, einen rein lokalen Markt herstellen zu wollen und gleichzeitig davon zu sprechen, dass wir exportieren müssen. Wir sind international und global aufgestellt.

Wir lehnen diesen Antrag natürlich ab. – Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Sommer.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind der Kollege Plenk (fraktionslos), die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Das ist der Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.